

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
nach den Nummern der Postzeitung
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Samstag- und Sonntag-Nummern.

Verleger: Dr. Hermann
Köhler, Leipzig, Postfach
1000. — Druckerei: Dr. Hermann
Köhler, Leipzig, Postfach
1000.

Telegraphische Anzeiger

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann.

Postfach-Nummer: Juni Leipzig Nr. 1000

Nr. 126

Mittwoch, den 1. Juni 1932

27. Jahrgang

Parteiführer bei Hindenburg

Der Reichspräsident bei der Kabinettsneubildung — Das Stadium der Parteiführerbesprechungen

Berlin, 30. Mai. Die Nachricht vom Rücktritt des Reichskabinetts kam den politischen Kreisen nicht mehr überraschend, nachdem bereits bekanntgeworden war, daß sich in der Sonntagbesprechung zwischen Reichspräsident von Hindenburg und Dr. Brüning nicht die Möglichkeit einer weiteren fruchtbareren Zusammenarbeit bot. Angesichts der Kampfstimmung, die eine stärkere Drehung der Reichspolitik nach rechts wünscht, hielt der Reichspräsident eine neue Notverordnung auf der Basis eines Kabinetts Brüning nicht mehr für tragbar. Diesen Eindruck von Hindenburgs Ansichten dürfte der Kanzler bereits in der gestrigen Besprechung gewonnen haben, die ja übrigens auch nur von kurzer Dauer war. Damit hatte die heutige Kabinettslösung, die um 11 Uhr begann, nur noch den Zweck, den offiziellen Rücktrittsbefehl des Gesamtkabinetts herbeizuführen, den der Kanzler dem Präsidenten in der Mittagsbesprechung überbringen konnte. In politischen Kreisen wird übrigens größter Wert auf die Feststellung gelegt, daß zwischen Reichspräsident von Hindenburg und Dr. Brüning keine persönlichen Differenzen bestehen. Das dürfte auch in dem Abschiedsschreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite dürfte Dr. Brüning selbst auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl für den Generalfeldmarschall von Hindenburg unter dem Gesichtswinkel geführt wurde, eine starke und straffe Führung an der Spitze des Reiches zu sehen. Es ist selbstverständlich, daß er sich den Entscheidungen dieser Führung sofort unterordnet.

Die Entwicklung aus dieser Krise wird in unterrichteten Kreisen als unvermeidlich bezeichnet, nachdem während der Abwesenheit des Reichspräsidenten von Berlin von gewisser Seite keine Konsequenzen gezogen worden sind, die die personelle Seite der Kabinettsfrage hätten erleichtern können. Natürlich beschäftigt man sich jetzt vor allem mit dem Problem der Nachfolge. Fest steht bisher aber nur, daß der Reichspräsident ein Kabinett berufen will, das seiner Struktur nach weiter rechts eingestuft ist. Vollkommen ungewiß ist noch, wer der neue Kanzler sein wird. In der Öffentlichkeit ist ja bereits eine Reihe von Namen genannt worden. Sie tauchen auch heute mittag wieder auf. Es scheint, daß die meisten Chancen für den Grafen Westarp vorhanden sind. Neben diesen personellen Fragen diskutiert man in politischen Kreisen auch die, wie das neue Kabinett im Reichstag eine Mehrheit finden wird. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die Möglichkeit einer späteren Reichstagsauflösung erörtert. Alle Zukunftsaussichten hängen jedoch zunächst von der Entscheidung ab, die der Reichspräsident über die Verantwortlichkeit des neuen Kanzlers trifft. Auf diesen Punkt ist im Augenblick das Hauptinteresse gerichtet, zumal man sich in allen politischen Kreisen darüber klar ist, daß die Kabinettskrise schon mit Rücksicht auf die dicht bevorstehende Lausanner Konferenz so bald wie möglich zum Abschluß gebracht werden muß. Die die Dinge liegen, ist übrigens nicht damit zu rechnen, daß Dr. Brüning dem neuen Kabinett als Außenminister angehören wird.

In Berliner politischen Kreisen vergehnet man mit großer Begeisterung, mit welcher Energie der Reichspräsident heute bereits die Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts aufgenommen hat, um die Krise so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Die Verhandlungen befinden sich augenblicklich im Stadium der Besprechungen mit den Parteiführern. Nach den Dispositionen des Reichspräsidenten werden sie bis Dienstagabend abgeschlossen sein, so daß der Reichspräsident am Mittwoch mit den Persönlichkeiten Fühlung nehmen kann, die in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.

Im übrigen hat man in politischen Kreisen den Eindruck, daß auch die Regelung der Regierungsverhältnisse in Preußen durch die Aenderung im Reich erleichtert und gefördert werden dürfte. Viel bemerkt wurde heute übrigens auch, wie positiv die Börse, die ja immer als ein Stimmungsbarmeter gilt, auf die Klärung der Regierungsfrage im Reich reagiert hat. Man sieht darin ein Zeichen des Vertrauens, daß dem Reichspräsidenten auch gerade von der wirtschaftlichen Seite her entgegengebracht wird.

Die Führer der Sozialdemokratie beim Reichspräsidenten

Berlin, 30. Mai. Reichspräsident von Hindenburg begann heute nachmittag mit den politischen Be-

sprechungen über die durch den Rücktritt der Reichsregierung geschaffenen Lage. Der Reichspräsident empfing zuerst den Reichstagspräsidenten Bode und anschließend die Führer der Sozialdemokratie, Weis und Dr. Breitscheid.

Berlin, 30. Mai. Ueber die Besprechung des Reichspräsidenten mit den sozialdemokratischen Parteiführern erzählt das Nachrichtenbüro des V.D.J. aus parlamentarischen Kreisen, daß Hindenburg energisch betont habe, für ihn sei nach seiner ganzen Vergangenheit der Schutz der Verfassung eine Selbstverständlichkeit. Daraus werde man entnehmen können, daß der Reichspräsident den Wunsch habe, ein Kabinett zu bilden, das mit einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren versucht. Hindenburg scheint sich allerdings auch darüber klar zu sein, daß ein neues Kabinett ebenso wenig wie das bisherige ganz ohne Notverordnung auskommen könne. In den in der Öffentlichkeit vielfach als Kanzlerkandidaten genannten Freiherrn von Wahl soll jetzt nicht gedacht sein sondern an eine mehr nach der Mitte tendierende Persönlichkeit, etwa den Grafen Westarp, der im Reichstag der völkervertreuerischen Gruppe angehört. Der Reichspräsident hoffe, den neuen Reichskanzler bereits am Mittwoch ernennen zu können. Wenn die von ihm betraute Persönlichkeit nicht auf allzu große Schwierigkeiten stößt, so könnte man also damit rechnen, daß das neue Reichskabinett Ende der Woche zusammengestellt wäre.

Hitler und Goering bei Hindenburg

Berlin, 30. Mai. Im Anschluß an den Besuch der Führer der Sozialdemokraten empfing Reichspräsident von Hindenburg als Vertreter der NSDAP. Adolf Hitler und den Reichstagsabgeordneten Goering. Der Reichspräsident wird seine Aussprache mit den Parteiführern morgen vormittag durch den Empfang der deutschen nationalen Vertreter und der Führer der übrigen Parteien, die nach der Stärke ihrer Fraktionen vorzumerkt sind, fortsetzen.

Fortsetzung der Parteiführerempfangs beim Reichspräsidenten

Berlin, 31. Mai. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.J. mitteilt, hat der Reichspräsident von Hindenburg am Dienstagvormittag die Besprechungen für die Neubildung der Regierung fortgesetzt. Zuerst erschien für das Zentrum Prälat Kaas beim Reichspräsidenten. Ihm folgten für die Deutschnationale Volkspartei die Abgeordneten Dr. Eugenberg und von Winterfeld. Schrauf wurde der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, empfangen.

Pariser Pressestimmen zum Rücktritt Brünings

Paris, 30. Mai. Zur Demission des Reichskabinetts schreibt der „Temps“, der Reichskanzler stürze unter den Schlägen, die die Rechtsparteien mit der Militärkamarilla verabredet hätten. Wenn man nicht direkt zu einer Diktaturregierung übergehe, sei es wahrscheinlich, daß die Auflösung des Reichstages der Demission des Reichskanzlers Dr. Brüning auf dem Fuße folge. „Journal des Debats“ erklärt, Reichskanzler Brüning sei zurückgetreten, obwohl er den Nationalen Unterländer zugestanden habe. Er werde von der Hitler-Bewegung hinweggeführt. Der Sturz Brünings werde an dem deutschen Programm nichts ändern, er werde aber einen Wechsel in der Weisheit ermöglichen. Brüning sei ein Friedensapostel nach der Art des Stomars-Schäfers Stresemann gewesen. Seine letzte Rede bezüglich des Verlangens Deutschlands, nichts zu bezahlen und frei zu rufen, sei scharf und wagemutig gewesen. Trotzdem habe Brüning dem neuen Deutschland nicht genügen können. Die nationalistische „Liberte“ schreibt: Die Welt, welche Regierungskoalition in Berlin nunmehr zustande komme, Frankreich wisse, daß es sich künftig dem Herrn Deutschlands, nämlich Hitler, gegenüber befinden. Es sei vielleicht besser, daß die wirklichen Beauftragten Hitlers Deutschland auf der Abrüstungskonferenz und auf der Lausanner Konferenz betradeten.

Brünings Rücktritt

Das große politische Ereignis, das sich nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Reuders vollzog, kommt um ungefähr ein Jahr zu spät. — Im Frühjahr 1930 hat der Zentrumsgewählte Dr. Heinrich Brüning als Nachfolger des Sozialdemokraten Hermann Müller das Amt des Reichskanzlers übernommen. An die Stelle der Weimarer Koalition trat eine bürgerliche Regierung. Ihr Programm sollte darin bestehen, die Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft in der inneren Politik zur Geltung zu bringen und mit allen sozialistischen Einflüssen die Staat und Wirtschaft auf dem Weg des Verderbens zu brechen, aufzuklären. Leider hatte der neue Reichskanzler von Anfang an wenig Glück. Der Führer der damals härtesten bürgerlichen Partei, Abg. Eugen Berg, verfolgte ihm Vertrauen und Mitarbeit, und es kam zu einer Reichstagsauflösung, die sich als ein großes politisches Fiasco erwies. Der Sieg des Nationalsozialismus wurde durch eine Kladderatsche des Bürgerturns bedingt. Dr. Brüning hat es dann selber verstanden, die Nationalsozialistische Partei vor die Frage der Verantwortung zu stellen. Er hoffte, durch die Hand der Notverordnungen solange regieren zu können, bis die außenpolitischen Hellen sich gelodert hatten, bis die wirtschaftliche Krise überwunden war, also bis zu einem Zeitpunkt, an dem die radikale Bewegung ihren Nährboden verloren hätte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Demission im Herbst 1931 führte zu keiner veränderten Haltung sondern nur zu einem Kabinett Brüning II. Zwar wurde unter dem Kanzler Dr. Brüning das parlamentarische System derartig ausgehöhelt, daß es kaum noch dem Namen nach existiert. Aber die Richtigkeit des Inhalts seiner Notverordnungen ist durch die Entwicklung nicht bewiesen worden, denn die Krise hat sich in einer Weise verkehrt, die nicht zu übersehen ist. Der Nationalismus hat dadurch immer neue Scharen an sich fesseln können, die Verfechter haben das deutlich genug bezeugt. Der große Vorteil, der darin besteht, daß ein Mann, wie Reichspräsident von Hindenburg vom Volk neu gewählt wurde, ist durch diese Kabinettskrise der Massen in den Schattungen gestellt. So schiedet das zweite Kabinett Brüning aus dem Amt und hinterläßt das Reich und die Wirtschaft in einem Zustand, der grau in grau beschaffen ist. Es wurde nicht vom Reichstag gekürzt, sondern ging, weil es in sachlicher Beziehung vom Reichspräsidenten nicht mehr gestützt wurde. Die Einzelheiten über die geplanten Notverordnungen, etwa über die Zölle, müssen der äußeren Kritik zu dieser Entscheidung geboten haben, der eigentliche Grund aber werden sie kaum gewesen sein.

Ueber die Ursachen des Verfalls des letzten Reichskanzlers wird noch viel hin- und hergeschrien werden. Man wird darauf hinweisen, daß er in einem heillosen Maße der eigentliche und einzige führende Mann der Regierung geworden war. Nachdem Dr. Brüning, Dr. Curtius, Dr. Weis, Dr. Weis und Warmbold keine Kabinettsstellen hatten, war Brüning tatsächlich die bedeutendste politische Figur in diesem Reich. Allenfalls hat noch Stegerwald eine gewisse Rolle gespielt, und zwar als Centrum der Gemäßigten in der Regierung. Die anderen Minister aber sind mehr und mehr in die Rolle von Staatssekretären hineingeraten. Damit wuchs nicht nur die Bedeutung des Kanzlers und Außenministers, sondern auch die Arbeitslast, die auf seinen Schultern ruhte. Der entscheidende Punkt des Verfalls aber liegt an anderer Stelle. Dieser Regierung war es nicht möglich, trotz aller Vollmachten und gelegentlichen Einflüssen zu einer Wendung der inneren politischen Geschichte zu führen.

In der Außenpolitik hat Dr. Brüning in härtesterem Maße das deutsche Volk hinter sich gehabt. Auch hier mag man Zweifel aussprechen, ob jeder taktische Zug richtig, ob jeder Zeitpunkt günstig gewählt war, der sein Handeln bestimmte. Es ist kein Geheimnis, daß Brüning und sein Staatssekretär von Bülow in vielen Punkten Gegner der Stresemannschen Außenpolitik gewesen sind, aber sie bauten ihre Politik doch auf demselben Erfolg auf, die ihnen Stresemann hinterließ. Brüning hat als Abgeordneter am 12. März 1930 im Reichstagsausgang ausgeführt, daß die Verbindung des Young-Plans mit der Frage der Klärung des dritten Jobs ein außenpolitischer Fehler von weitestgehender Konsequenz war. Er wird aber, als er nach dem Ausschluß von Dr. Curtius das Amt des Außenministers selbst übernahm, eingesehen haben, daß ohne die Klärung des Rheinlandes der Kampf gegen die Tribulationen eine Unmöglichkeit gewesen wäre. Diesen Kampf hat Dr. Brüning ohne Zugeständnisse an unsere Gegner und ohne Wanken mit aller Klarheit geführt. Eine deutsche Regierung, wie sie immer heißen möge, wird diesen Kampf weiterzuführen haben. Freilich ist es ungewiß, ob mit dem Kabinettswechsel in Deutschland die Lage in Lausanne überhaupt stattfinden wird. In Frankreich herrscht schon seit einiger Zeit die Klage um Verzagung. Wir sehen zu einer Verschärfung keinen Grund, denn wer auch als Kanzler oder Außenminister zu jener Konferenz fahren wird, kann dort keinen anderen Standpunkt vertreten, als es Brüning unter der Zustimmung des ganzen Volkes getan hat. Die Dringlichkeit der internationalen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit den Reparationen liegt klar genug. Darauf hat Brünings Rede vor der Lausanner Presse am letzten Sonntag deutlich und eindringlich hingewiesen.

Niemand wird dem Reichskanzler Dr. Brüning insofern zollen, daß er ein Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten und Qualitäten ist. Ob er es immer an der richtigen Stelle anwenden konnte, ist dabei eine andere Frage, die mit seiner Arbeitsleistung zusammenhängt. Der Kanzler hatte die Macht bekommen,